



**Antworten der  
Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen von „Rettet die Familie“  
zur Europawahl 2014**

**Wie wird Ihre Partei im Europäischen Parlament den Auftrag zur Gleichstellungspolitik verstehen? Als „Gleichberechtigungspolitik“ oder als „Angleichungspolitik“?**

Wie keine andere Partei tritt die CSU für die Wahlfreiheit von Familien in Deutschland ein. Der Staat darf Eltern in ihren Entscheidungen, wie sie ihren Alltag gestalten, nicht bevormunden. Die Eltern sollen frei ihr Erziehungsmodell wählen und – vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit - die bestmögliche Unterstützung durch den Staat erhalten. Generationengerechtigkeit bedeutet, dass die CSU sich in der Verantwortung sieht, gut und nachhaltig mit dem vorgegebenen Budget zu wirtschaften und späteren Generationen einen stabilen Finanzhaushalt zu überlassen.

Die CSU hat zahlreiche familienpolitische Maßnahmen unternommen, um die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern noch stärker anzuerkennen:

Die CSU war Initiator für das Betreuungsgeld und hat es trotz massivem Widerstand anderer Parteien durchgesetzt. Damit unterstützen wir diejenigen Eltern, die die Betreuung ihrer Kinder auch im zweiten und dritten Lebensjahr privat organisieren wollen, und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Wahlfreiheit. Eltern wissen selbst am besten, was gut für ihre Kinder ist. Mit dem Betreuungsgeld wird sichergestellt, dass es keine einseitige Unterstützung staatlicher Kinderbetreuung gibt, sondern auch die private Erziehung durch den Staat gefördert wird.

Auch die Lohnersatzleistung „Elterngeld“ ist eine Anerkennung der Erziehungsleistung. Das Elterngeld schafft nach der Geburt eines Kindes den notwendigen Schonraum für einen guten Start in das gemeinsame Leben mit dem Kind. Ähnlich dem Arbeitslosengeld richtet sich die Höhe des Elterngeldes nach der Höhe des vorher bezogenen Einkommens.

Die CSU tritt dafür ein, dass sich Lebensleistung in der Rente auszahlt. Die CSU hat die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Wir haben durchgesetzt, dass die Mütterrente Teil des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD wurde. Alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, werden ab dem 1. Juli 2014 einen zusätzlichen Rentenpunkt erhalten. Bisher erhielten sie einen Rentenpunkt. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr.